

Moltke-Forum Nr. 92 - 20.02.2025

Gast: Frau Prof. Dr. Anke Ortlepp (Universität zu Köln)

Thema: Spaltung oder Dialog? Gesellschaftspolitik und Außenbeziehungen der USA in der Ära Trump.

Topos: "Think like a Billionaire" (Donald Trump, 2018)

Bevor Frau Ortlepp in das eigentliche Thema einstieg, verlieh sie ihrem Wunsch Ausdruck, dass das Format des <Moltke-Forums> *unbedingt* aufrechterhalten werden möge.

Einleitend ihres Vortrags verwies die Professorin darauf, dass sie seit dem 20.1.2025 - der Vereidigung Donald Trumps zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten - so ungefähr jeden Tag habe/hätte ihren Vortrag neu überarbeiten können. Überdies falle es ihr nicht sehr leicht, über das, was sich ggw. in den USA abspiele, zu referieren; sie habe ein Drittel ihres Lebens in den USA verbracht und fühle sich Menschen wie Kultur sehr verbunden, nicht aber der derzeitigen Politik.

Was das *Amtsverständnis* des amerikanischen Präsidenten anbetreffe, so habe der erste Präsident, George Washington (1789 - 1797 / auch: Vorsitzender der verfassunggebenden Philadelphia Convention im Jahr 1787), versucht, das Amt mit Sinn, mit Symbolen, mit Handlungen und mit Praktiken zu füllen. Dagegen müsse die Frage aufgeworfen werden, ob Donald Trump seine Art der Amtsführung an historischen Referenzen ausrichte oder diese weitgehend ignoriere? Sie führte aus, dass die amerikanische Demokratie durch eine Gewaltenteilung und eine breit gefächerte Machtkontrolle - dem System der <checks and balances> - grundgelegt sei. Gegenwärtig regiere Trump jedoch mittels Dekreten, quasi am Kongreß, dem Gesetzgebungsorgan, sprich der Legislative, vorbei. Gleichwohl müsse zugestanden werden, dass das *Amtsverständnis* der Präsidenten in toto sich im Laufe der amerikanischen Geschichte gewandelt habe. Bill Clinton (42. Präsident von 1993 - 2001) und Barack Obama (44. Präsident von 2009 - 2017) z.B. hätten das Amt sehr proaktiv ausgelebt, hätten viel gearbeitet und hätten versucht, die Leute, unabhängig von parteipolitischen Bindungen, "abzuholen". Bei Trump könnten wir hingegen einen "krassen historischen Wandel" des *Amtsverständnisses* beobachten. Es stelle sich stets die Frage, wie die Amtsinhaber mit ihrer Macht der Exekutive umgingen. So habe etwa George Bush jun. (43. Präsident von 2001 - 2009) nach den Anschlägen vom 11.9.2001 versucht, seine Macht ggw. dem Kongreß maßgeblich zu erweitern. Was den Präsidenten als solchen einschränke, sei, dass er keine Gesetzesinitiativen einbringen könne; dafür sei er auf den Kongreß angewiesen. In den letzten 50/60 Jahren habe sich, so Ortlepp, in den USA eine *Präsidialdemokratie* herausgebildet. Es gebe ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen den zwei anderen Säulen der Demokratie (Legislative + Judikative) und der Exekutive. So habe Trump schon in den ersten 30(!) Tagen seiner Amtszeit mehrere hundert Dekrete unterschrieben, um seine Machtkompetenz zu untermauern.

Was nun die *gesellschaftspolitischen Entwicklungen* anbelange, so dürfe man konstatieren, dass bis heute erhebliche Teile der amerikanischen Bevölkerung ihre Probleme (Dialogverweigerung + pol. Lagerdenken) mit z.B. den Bürgerrechts- (people of colour + der <freedom struggle> / Martin Luther King jun. (1929 - 1968) + <March on Washington> (28.8.1963)) und Emanzipationsbewegungen (= Gleichstellung/Emanzipation/Rechte von Frauen) der 1950er Jahre und folgende habe. Die Botschaft habe gelautet: eine größere Teilhabe von breiteren Schichten der amerik. Bevölkerung am Gesellschaftsleben etc. Ferner sei ein Wiedererstarken des Konservatismus und der religiösen Rechten (z.B. die Evangelikalen) zu erkennen. Des Weiteren sei eine Umverteilung von Wählerschichten zwischen den Demokraten und den Republikanern zu beobachten; auch regionale Unterschiede spielten eine Rolle (z.B. Ost- und Westküste oder: Was machen "die da" eigentlich in Washington? Stichwort: "Inside the Beltway" als Metonymie für Gemauschel + mangelnde Transparenz etc.). Es habe sich eine

breite Skepsis ggb. dem politischen Betrieb etabliert, so wie wir es hier in Dtl. auch mittlerweile feststellen müssten (Stichwort: Politikverdrossenheit). Die sogen. sozialen Medien täten ein übriges und wären einem überparteilichen gesellschaftlichen Dialog sehr abträglich. Im <culture war> gehe es um die vermeintlich wahren Werte, die ihre jeweiligen Protagonisten unversöhnlich je für sich propagierten. Auch um das Wahlrecht sei unterdes wieder eine Auseinandersetzung ausgebrochen (z.B. Zuschnitt von Wahldistrikten). Auch habe die Trump'sche Regierung einen Kampf gegen die Rechte queerer Personen ausgerufen. Immigration, Armut und Rassismus seien weitere höchst umstrittene Themen. Bei aller Sympathie für das/ihr Amerika müsse man eingestehen, dass die amerikan. Gesellschaft nach wie vor eine von (strukturellem) Rassismus geprägte sei (Stichworte: Bezahlung + Armut + Aufstiegsmöglichkeiten). Aber auch generell gebe es ein Armutsproblem (Stichwort: Pushed into Poverty).

Was nun das Thema der *Außenbeziehungen* angehe, gelte es festzuhalten, dass Trump kein Freund von Multilateralität sei. Das/Sein Credo laute: populistischer Nationalismus versus internationale Zusammenarbeit. Es gehe Trump allein um <america first> und nicht um die Interessen anderer Länder und anderer Kulturen! Außenpolitik verstehe Trump als <deal making>. Im Miteinander der Staaten gelte das <Recht des Stärkeren>. In Bezug auf das transatlantische Verhältnis müsse man sich eingestehen, dass es nicht erst seit Trump schon seit geraumer Zeit für die Amerikaner nicht mehr das unumstößliche Verhältnis darstelle. Ortlepp prognostizierte, dass unser Verhältnis zu den USA sicher (noch) komplizierter werde. Was neu, aber signifikant sei, sei die Einmischung der amerikan. Regierung in die deutsche Innenpolitik.

Die Frage stelle sich nun: Wohin gehe es mit den Vereinigten Staaten? Die Zeiten des innen- wie auch außenpolitischen Dialogs seien vorerst vorbei. Könne das amerikan. System die sich anbahnende Verfassungskrise überstehen? Gleichwohl: Es gebe eine starke Zivilgesellschaft in den USA, und auch der Föderalismus stelle eine Gewähr für demokratische Spielregeln dar. Und nicht zuletzt vermöge auch die internationale Gemeinschaft ein Gegengewicht darzustellen.

In der anschließenden Diskussionsrunde ging es zunächst um die Frage, ob Ortlepp es für denkbar halte, dass Trump auf eine Verfassungsänderung dränge, um seine Amtszeit zu verlängern? Das, so Ortlepp, könne sie sich kaum vorstellen, weil dafür die (demokratischen) Hürden immens schwer seien. Könne es, so eine weitere Frage, auch zu Gegenstimmen/-kräften bei den Republikanern kommen? Wohl kaum, so die Historikerin, weil es Trump gelungen sei, die Reihen in der eigenen Partei ziemlich geschlossen zu bekommen. Befragt zum Verhältnis zu Putin, resümierte Ortlepp, dass Trump einfach ein Faible für solche "mächtige Typen" habe. Die entscheidendere Frage sei es, ob Trump Putin gewachsen sei. Noch einmal verwies Ortlepp darauf, dass, wenn der Kongreß die Willkürpolitik Trumps nicht bremse, dagegen schwer vorzugehen sei. Die Dekret-Politik, derer sich Trump massiv bediene, sei so als exekutives Moment eigentlich gar nicht vorgesehen, sondern sollte die Ausnahme sein. Die Rolle, die Elon Musk in der Politik einnehme, sei "völlig neu" und könne, da er ja nicht kontrolliert werde, noch "äußerst gefährlich" werden. Die Schülerinnenfrage, ob es denkbar sei, dass in Bälde das durch den Obersten Gerichtshof im Juni 2022 gekippte Abtreibungsrecht wieder rückgängig gemacht werden könne, begegnete Ortlepp mit großer Skepsis. Des Weiteren führte sie aus, dass solange sich nicht im Kongress Widerstand gegen das "Trump'sche Tun" rege, auch gerade seine Außenpolitik keine andere werden würde, zumal sich in den vergangenen Jahren die Ausrichtung der Außenpolitik sehr nachhaltig vom Kongress, dessen Thema dies eigentlich sei, in Richtung Präsident verlagert habe. Der Frage, wo der Aufschrei der Demokraten oder der Kulturschaffenden bleibe, beantwortete Ortlepp mit der Formulierung: "Gute Frage, nächste Frage." Die Frage, wer denn auf Oppositionsseite ein(e) potentiell geeignete(r) Kandidat/-in sein könne, hielt Ortlepp fest, dass es wohl keine Frau und auch keine woman of colour sein dürfe. Sie wisse aber auch nicht, wer es letztlich sein könne. Was es eigentlich noch mit dem "american dream" - der Freiheit, der Gleichheit und dem pursuit of happiness - auf sich habe,

oder ob es sich dabei doch "nur" um einen nightmare gehandelt habe, lautete eine weitere Frage. Ortlepp betonte, dass es immer schon einen Gegensatz zwischen dem hehren Ziel und der Realität gegeben habe, es gelte, sich nicht ins Boxhorn jagen zu lassen, es gebe noch genug Menschen in Amerika, die den <american dream> leben wollten, und das Schlechteste wäre jetzt, wenn wir uns zurückzögen. Vonnöten sei, den Dialog mit den Menschen aufrechtzuerhalten, und ... Trump könne nicht mehr wiedergewählt werden! Die letzte Frage betraf den Punkt, ob in Trumps Wählerschaft mal einen Umschwung denkbar sei. Ja, das wäre so möglich, schlussfolgerte die Hochschullehrerin, z.B. dann, wenn die Lebensmittelpreise und die Benzinkosten enorm stiegen.

Sehr lebhafter Beifall für einen eingängig dargebotenen, inhaltsreichen Vortrag und eine Diskussion, in der die sehr sympathische Referentin keine Frage unbeantwortet ließ, aber auch ihr persönliches Dilemma im Hinblick auf die unwägbare Perspektive der amerikanischen Politik unter Donald Trump in den nächsten vier Jahren eingestehen musste.

(Wolfgang van Randenborgh - 29.3.2025)